

Dienstag, 02. Mai 2023, Rhein-Zeitung Koblenz & Region, Seite 21

Koblenz soll freundlicher für Fußgänger und Radfahrer werden

Von Jan Lindner

Stadt tritt Initiative bei – Im Stadtrat gibt es eine hitzige Debatte

Koblenz. Die Stadt Koblenz tritt der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Kommunen in Rheinland-Pfalz bei. Was wie ein formaler Akt klingt und Kosten von „nur“ 2500 Euro an Mitgliedsbeitrag verursacht, hat in der jüngsten Sitzung des Stadtrats eine kontroverse und hitzige Debatte hervorgerufen. Der Wahlkampf zur rheinland-pfälzischen Kommunalwahl im Frühjahr 2024 hat ganz offensichtlich begonnen.

Laut Verwaltung wollen 55 andere Kommunen im Land der Arbeitsgemeinschaft beitreten; die Gründungsveranstaltung soll am 5. Mai in Kaiserslautern stattfinden. Solche Initiativen gibt es inzwischen in fast allen Bundesländern. Es geht um Austausch und Vernetzung, um Ideen, wie man den Fuß- und Radverkehr in den jeweiligen Städten weiter ausbauen, fördern und so die Verkehrssicherheit erhöhen kann. Zudem sollen bessere Rad- und Fußgängerwege mit dem ÖPNV bekanntlich auch in Koblenz bewirken, dass mehr Leute das Auto stehen lassen, es mehr Platz für Zusammenkünfte und Begrünung gibt und der Klimaschutz gestärkt wird.

Christian Altmaier (Freie Wähler) sagte in der Ratssitzung: „Es ist in jedem Fall ein vernünftiges Anliegen. Vor dem Hintergrund knapper Kassen sehe ich aber kritisch, dass wir dazu 2500 Euro bezahlen müssen und mit einem Geschäftsführer und zwei Mitarbeitern so ein Popanz aufgebaut wird.“ Er hätte sich eine andere Organisation durch das Land gewünscht. David Hennchen (FDP) sagte: „Dem schließe ich mich an. Kosten und Nutzen stehen in keiner Relation zueinander. Zudem haben wir schon einen Fahrradbeauftragten.“

Ulrich Kleemann (Grüne) befand: „Es ist gut, dass es neben der Radfreundlichkeit gleichzeitig um Fußgänger gehen soll.“ Das Ziel sei unstrittig: „Wir wollen besser werden und wegkommen vom Fetisch Auto. Dieses Goldene Kalb ist in Koblenz über Jahrzehnte gepflegt worden.“ Torsten Schupp (Wählergruppe Schängel) meinte: „Die Sache an sich ist gut. Dass wir die Kosten tragen, ist wieder typisch Land. Und nur aus diesem Grund stimme ich dagegen.“ An seinen Vorredner Kleemann gerichtet sagte er: „Sie, die Grünen und wer da sonst noch so rumläuft müssen damit leben, dass es Autofahrer gibt. Und Sie werden es nicht schaffen, dass die Autos aus der Welt verschwinden.“

Marion Lipinski-Naumann (SPD) sagte: „Ich dachte, der Beschluss sei ein Selbstläufer. Stattdessen wird wieder auf die Landespolitik abgeschoben.“ Sie erhofft sich, dass durch die Arbeitsgemeinschaft auch Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern gelöst werden. Die Kosten von 2500 Euro seien „verträglich“. Ulrike Bourry (Grüne) sagte in Richtung Schupp: „Es gibt auch Autofahrer, die nicht mal für die kleinste Strecke auf ihr Auto verzichten wollen. In der Arbeitsgemeinschaft profitieren wir von anderen und sparen dadurch am Ende Geld.“

Altmaier merkte an: „Die Topografie in Koblenz ist einzigartig, da helfen uns keine Ratschläge aus Kaiserslautern. Ich würde lieber 2500 Euro in Farbeimer investieren und Radstreifen pinseln, als dass in irgendwelchen Runden Kaffee oder Tee getrunken wird.“ Monika Sauer (CDU) meinte: „Es darf nicht sein, dass das Fahrrad als weltwunderwirksamstes Mittel angesehen wird. Wenn man manche Radwege sieht und wie wenige Radfahrer dort fahren, muss man das Kosten-Nutzen-Verhältnis hinterfragen.“ Bei neun Nein-Stimmen (FW, AfD, WGS und FDP) stimmte die große Mehrheit des Rats für den Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft.

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.